

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuß**

29. Sitzung

am Mittwoch, dem 23. September 1998, 9:30 Uhr  
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Uwe Döring (SPD)	Vorsitzender
Dr. Gabriele Kötschau (SPD)	
Bernd Saxe (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Claus Ehlers (CDU)	
Torsten Geerds (CDU)	
Gero Storjohann (CDU)	In Vertretung des Abg. Jost de Jager
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)	In Vertretung des Abg. Dr. Ekkehard Klug
Anke Spoorendonk (SSW)	

**Weitere Anwesende**

Minister Klaus Buß	Ministerium für ländliche Räume, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei
Frau Dr. Monika Boye	
AL Werner Kindsmüller	Ministerium für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Herr Dietrich Seele	
LD Dr. Jürgen Schöning	Schleswig-Holsteinischer Landtag
ORR Jutta Schmidt-Holländer	

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
1. a) <b>Vorschläge zur Entwicklung einer leistungsfähigen Landwirtschaft im Kalliningrader Gebiet</b>	4
Umdruck 14/2333	
b) <b>Bericht über INTERREG II C</b>	7
hierzu: Umdrucke 14/2235, 14/2332, 14/2416	
2. <b>Agenda 2000 - Agrarpolitische Vorschläge der EU-Kommission</b>	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1540	
Antrag der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1571	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1578	
3. <b>Verschiedenes</b>	10

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 9:33 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Vorschläge zur Entwicklung einer leistungsfähigen Landwirtschaft im Kaliningrader Gebiet**

hierzu: Umdruck 14/2333

Minister Klaus Buß beginnt seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die langjährige Partnerschaft Eckernförde mit dem ehemaligen Pillau und berichtet von seinen Erfahrungen, die er beim Besuch in dieser Region gemacht habe. Er geht dann auf die in Umdruck 14/2333 gestellten Fragen ein (siehe Umdruck 14/2433). Er schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die schwierige Finanzsituation Schleswig-Holsteins, die auch um den nur geringen Ansatz für die Förderung von Praktikanten in seinem Ministerium fürchten lasse.

In der sich anschließenden Diskussion beantwortet Frau Dr. Monika Boye eine Frage des Abg. Klaus Ehlers nach dem nur zögerlichen Funktionieren des Austausches von Praktikanten dahin, daß das Interesse in den Ostseeanrainerstaaten nicht allzu groß sei. Die Praktikanten kämen weniger zum Lernen und wollten lieber schnell Geld verdienen. Dies sei aber nicht Sinn und Zweck eines Praktikantenaustausches.

Minister Klaus Buß zeigt einerseits Verständnis für ein solches Verhalten, meint jedoch andererseits, daß dadurch eine seriöse Kontaktaufnahme sich sehr schwierig gestalte. Hinzukomme das etwas unorthodoxe Verhalten der dortigen Menschen, wenn es beispielsweise um die Organisation von Besuchen oder ähnlichem gehe.

Als ein weiteres Problem nennt er die Tatsache, daß das Kaliningrader Gebiet in weiten Teilen von der Mafia beherrscht werde, was es ebenfalls schwierig mache, ein solides Patentrezept für die dortige Entwicklung zu finden.

Abg. Hans Siebke spricht im Gegenzug von guten Erfahrungen eines Stockseer Landwirtes mit Praktikanten aus den Ostseeanrainerstaaten. Diese Praktikanten würden gleichzeitig zum Schlosser und Schmied ausgebildet. Auch die Lieferung von gebrauchten Landmaschinen

funktioniere in diesem Rahmen sehr gut. Einer seiner ehemaligen Praktikanten habe nach seiner Rückkehr sogar ein selbständiges Lohnunternehmen eröffnet.

Minister Klaus Buß stellt anheim, an die guten Kontakte des Roten Kreuzes über die Herzogin von Schleswig-Holstein anzuknüpfen.

Abg. Dr. Gabriele Kötschau bietet aufgrund ihres eigenen Osteuropaengagements Hilfestellung bei der Kontaktaufnahme an. Im übrigen halte sie es für wichtig, die Menschen vor Ort bei den eingeleiteten Projekten zu begleiten, weil diese nur wenig Erfahrung mit eigenständigem Arbeiten hätten.

Abg. Claus Ehlers begründet seine Überlegung, wie aufgrund der Gespräche und Eindrücke vor Ort eine entwicklungsfähige Landwirtschaft mit Hilfe Schleswig-Holsteins aufgebaut werden könne, mit dem Hinweis, daß durch den Besuch der Abgeordnetendelegation vor Ort nicht Erwartungen geweckt werden dürften, die man später nicht mehr zu erfüllen beabsichtige. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit der Ausbildung polnischer Praktikanten im Rahmen früherer Hilfsprogramme für Polen setze er darauf, auch mit den russischen Praktikanten zurechtkommen zu können. Zumindest sollte ein entsprechender Versuch in Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Kammer gestartet werden. Er verspreche sich davon eine ähnliche Entwicklung, wie man sie schon im Baltikum und insbesondere auch in Polen habe beobachten können.

Minister Klaus Buß sieht Schwierigkeiten, vertrauenswürdige Ansprechpartner für die Auswahl der Praktikanten zu finden. Die Kosten für 15 Praktikanten seien mit zirka 40.000 DM im Grunde zu vertreten, müßten aber in der gegenwärtigen Situation unter haushaltspolitischen Überlegungen neu betrachtet werden. Man müsse sich auch darüber im klaren sein, daß ein kleines Bundesland wie Schleswig-Holstein nur punktuelle Hilfe leisten könne. Das Kaliningrader Gebiet insgesamt für den Westen aufzuschließen, sei von einem Bundesland allein nicht zu leisten. Das sei Sache des Bundes.

Abg. Claus Ehlers schlägt vor, zu dem unter Punkt 4 f) angeregten Informationsgespräch mit einem Landwirt, der seit Jahren in der Gegend von Insterburg tätig ist, Herrn Bernhard Laß aus Tütendorf einzuladen.

Der Vorsitzende regt an, vor einem solchen Gespräch zunächst das Ministerium zu bitten, Vorschläge zu machen, wie ein konkretes Praktikantenaustauschprogramm für das Kaliningrader Gebiet im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten aussehen könnte.

Abg. Detlef Matthiessen denkt an die Gründung eines Fördervereins für die Landwirtschaft im Kaliningrader Gebiet, ähnlich wie es für Estland ökologisch ausgerichtete Fördervereine gebe.

Minister Klaus Buß macht darauf aufmerksam, daß Erfahrungen aus den baltischen Staaten wegen der völlig andersgearteten Strukturen generell nicht auf das Kaliningrader Gebiet übertragen werden können.

Abg. Dr. Gabriele Kötschau gibt zu überlegen, den Sachverstand des Hansebüros in Kaliningrad mit in die Aktivitäten einzubeziehen und auch über einen Austausch von Praktikanten und Studierenden aus deutschen Universitäten nach Kaliningrad nachzudenken.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan vermißt bei den Kontakten und Aktivitäten in den Ostseestaaten auch Beziehungen zu Litauen.

Minister Klaus Buß erklärt, daß der Praktikantenaustausch mit Litauen von anderen Bundesländern organisiert werde. Für Kaliningrad gebe es bisher allerdings überhaupt keinen solchen Austausch. Er glaube, so fährt Minister Klaus Buß fort, daß Litauen auch nach dem Auszug der russischen Armee aus den baltischen Staaten in weit größerem Maße als etwa Estland oder Lettland noch Angst vor bestimmten Verhaltensweisen Rußlands habe, weil zum Beispiel die gesamte Energiezufuhr in Litauen über Kaliningrader Gebiet laufe.

Abg. Claus Ehlers drängt darauf, das Ministerium aufzufordern, ein Austauschprogramm für Praktikanten für das Kaliningrader Gebiet anzuschieben.

Der Vorsitzende faßt die Diskussion dahin zusammen, daß es in erster Linie gelte, eine Veränderung in der Köpfen der dortigen Menschen anzustreben. Dazu sollten zunächst Vorschläge über die Machbarkeit vom Ministerium geliefert werden, die dann im Ausschuß weiter beraten werden könnten. Minister Klaus Buß sagt zu, das gewünschte Konzept erstellen zu lassen.

Abschließend appelliert der Vorsitzende an die Fraktionen, die für solche Aktivitäten vorgesehenen Mittel des Einzelplans 08 nicht zur Streichung vorzusehen.

## b) Bericht über INTERREG II C

hierzu: Umdrucke 14/2235, 14/2332, 14/2416

Anhand des Umdruckes 14/2416 erläutert Herr Dietrich Seele zunächst den aktuellen Stand der Umsetzung des INTERREG-II-C-Programms. Er stellt dabei die Ostseeregion bei der Inanspruchnahme des INTERREG-II-C-Programms im Gegensatz zu anderen Kooperationsregionen als vorbildhafte Modellregion heraus, was sich auch bei der Mittelzuweisung niederschlagen habe.

Schwierigkeiten bringe allerdings das Auseinanderklaffen der Antragswege, wenn zum Beispiel das Kaliningrader Gebiet oder andere russische Ostseeregionen gefördert werden sollen. Um diese Staaten, die nicht Mitglied der EU seien, einbeziehen zu können, müsse eine Koppelung zwischen dem INTERREG-II-C-Programm und dem TACIS-Programm stattfinden. Das heißt, wenn ein Projekt mit schleswig-holsteinischer und russischer Beteiligung angestrebt werde, müßten beide Partner auf unterschiedlichen Antragswegen für ihre europäische Kofinanzierung sorgen.

Abteilungsleiter Werner Kinds Müller fügt ergänzend hinzu, daß die Kommission konkrete Vorschläge zu einem INTERREG-III-Programm voraussichtlich in Kürze auf den Tisch legen werde. Das INTERREG-II-C-Programm bewerte er als ausgesprochen erfolgreich, wenn man bedenke, daß innerhalb der kurzen Zeit von sechs Monaten das Programm bereits funktionsfähig gewesen sei und schon bei der ersten Vergaberunde rund 40 % der Fördermittel hätten gebunden werden können. Es werde vermutlich demnächst nur noch eine zweite und anschließend eine dritte Antragsrunde geben. Damit sei das Programm dann voll ausgeschöpft.

Gleich gute Erfolge hätten die anderen Regionen des INTERREG-II-C-Programms nicht in jedem Fall aufzuweisen. Es gebe durchaus auch Regionen, wie beispielsweise die Nordseeregionen, die überhaupt Mühe hätten, solche Projekte zu organisieren und die vorhandenen Mittel auszuschöpfen. Insofern könne man schon sagen, daß die von der Kommission in dieses Programm für die Ostseeregion gesetzten Erwartungen sich in kurzer Zeit erfüllt hätten.

Probleme gebe es - wie bereits ausgeführt - mit der Kompatibilität mit PHARE und TACIS mit dem INTERREG-II-C-Programm aufgrund der unterschiedlichen Strukturen und Modalitäten sowie der unterschiedlichen Verwaltungsstrukturen in den PHARE-Ländern und in Rußland. Hier müsse ein besseres Ineinandergreifen gefunden werden. Mit dem INTERREG-III-Programm sei die Kommission hier vermutlich auf dem richtigen Weg. Dieses Programm sehe

nämlich vor, daß einerseits die angefangenen Initiativen fortgeführt werden sollten und andererseits die Ziellinie gestärkt werden solle, auch was die finanzielle Ausstattung anbelange.

Des weiteren sei vorgesehen, daß die Aktionsfelder erweitert werden sollen und daß nun auch an die Umsetzung der Programme durch die Förderung kleinerer Infrastrukturprojekte herangegangen werden solle. Darüber hinaus sei an eine Ausweitung der Programms auch auf andere Bereiche gedacht.

Für Schleswig-Holstein sei das Instrumentarium des INTERREG-II-C-Programms auch in Zukunft wichtig, weil es das Zusammenwachsen des Ostseeraumes fördere, da es multilateral angelegt sei.

Aus Schleswig-Holstein werde für die nächste Antragsrunde ein Entwicklungskonzept „südliche Ostsee“ zusammen mit Hamburg und dem Öresundkomitee beantragt werden. Es gehe dabei darum, innerhalb von zwei Jahren einen Aktions- und Strategieplan zu entwickeln, um das Zusammenwachsen in der südlichen Ostsee durch konkrete Maßnahmen zu festigen. Man hoffe auf die Umsetzung im Jahre 1999.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß es für solche Projekte einer Kofinanzierung bedürfe. Dies wird von AL Werner Kindsmüller bestätigt, der jedoch davon ausgeht, daß Schleswig-Holstein auch Personalkapazität einbringen werde. In der Nachschiebeliste sei ein Betrag von 75.000 DM vorgesehen und für das Jahr 2000 seien ebenfalls 75.000 DM geplant.

Mit einem Dank für den Bericht stellt der Vorsitzende Einmütigkeit dahin fest, die Diskussion im Hinblick auf die Fortentwicklung des INTERREG-Programms in einer späteren Sitzung weiterzuführen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Agenda 2000 - Agrarpolitische Vorschläge der EU-Kommission**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1540

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1571

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1578

(überwiesen am 4. September 1998 an den **Agrarausschuß** und den  
Europaausschuß)

Verfahrensfragen

Der Ausschuß beschließt, an der vom Agrarausschuß vorgeschlagenen gemeinsamen Anhörung teilzunehmen. Darüber hinaus einigt sich der Ausschuß darauf, seinerseits einige Vorschläge für Anzuhörende einzureichen.

Der Vorsitzende erklärt sich bereit, in Absprache mit dem Vorsitzenden des Agrarausschusses im Laufe der nächsten Plenartagung einen Termin für diese gemeinsame Sitzung zu suchen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Der Vorsitzende teilt das Sitzungsergebnis aus der Sitzung des Ausschusses der Regionen aus der vergangenen Woche in Brüssel mit. Von besonderer Bedeutung für Schleswig-Holstein seien dabei die Tagesordnungspunkte zur Agenda 2000 sowie die Anträge Bayerns zur Behandlung von Grenzregionen zu den neuen Beitrittsländern gewesen. (siehe auch Umdruck 14/2414) Im übrigen habe es auch eine Stellungnahme des AdR zur Abschaffung von Duty-free gegeben, in der eine Verlängerung um fünf Jahre gefordert worden sei. In diesem Zeitabschnitt solle eine Arbeitsgruppe alternative Nachfolgemodelle erarbeiten. Interessant sei dabei gewesen, daß auch die skandinavischen Vertreter dieses Positionspapier im Gegensatz zur Haltung ihrer Länder mitgetragen hätten.
2. Auf Bitte des Vorsitzenden wird der Sitzungstermin 28. Oktober auf Mittwoch, den 4. November 1998, 10:00 Uhr verlegt.
3. Die Einladung der Ostseeakademie, einmal in ihren Räumen zu tagen, nehmen die Ausschußmitglieder an. Ein Termin für diese Sitzung muß noch gefunden werden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Uwe Döring  
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haab  
Geschäfts- und Protokollführerin